

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Braunschweig



Seebrücke Lokalgruppe Braunschweig
braunschweig@seebruecke.org

Braunschweig im Juli 2026

Offener Brief: Die Verantwortung der Stadt Braunschweig als „Sicherer Hafen“ für Menschen auf der Flucht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum,

weltweit sind **immer mehr Menschen auf der Flucht**. Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung und Diskriminierung. Die meisten Geflüchteten bleiben im eigenen Land oder in Nachbarländern. Dort kämpfen die Menschen oft ums Überleben. Die Geflüchteten erfahren dann nicht selten erneut Ausbeutung und Unterdrückung. Schutzsuchende an Europas Grenzen haben meist einen qualvollen Weg hinter sich.

Als Oberbürgermeister einer Stadt, die sich im Dezember 2018 zum „**Sicheren Hafen**“ erklärt hat, wissen Sie, dass uns das etwas angeht. Denn Braunschweig erklärte unter anderem, dass es „sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen“ (<https://www.seebruecke.org/sichere-haefen/forderungen>).

Auf unser Schreiben vom 02.05.2026 mit sehr konkreten Fragen zur Politik Braunschweigs als „Sicherer Hafen“ haben wir leider nur eine **inhaltsleere Antwort** erhalten. Diese Reaktion wirft in Anbetracht der politischen Lage viele Fragen auf.

Denn Deutschland hat unter Regierungsbeteiligung Ihrer eigenen Partei seine Asylpraxis erheblich verschärft. So z.B. durch die Ausgabe restriktiver Bezahlkarten statt eines frei nutzbaren Bankkontos. Braunschweigs Verwaltung rechnete mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand, sah sich jedoch gezwungen, die Verordnung umzusetzen. Warum aber setzt Braunschweig als „Sicherer Hafen“ nicht wenigstens einige **sichtbare Zeichen gegen die unheilvollen Entwicklungen** in Stadt und Land?

Neben der Einführung von Schikanen wie der Bezahlkarte hat Deutschland in den letzten Jahren auch fleißig an der **Festung Europa** weitergebaut. Diese Entwicklung lässt sich an lokalen Zahlen ablesen:

Die Aufnahmeeinrichtungen Niedersachsens waren Ende 2025 nur zu 42 Prozent ausgelastet. Das gilt auch für die Landesaufnahmebehörde (LAB) am Standort Braunschweig: Dort waren 2023 noch 1.350 und 2025 nur noch 550 Personen untergebracht. Nach Ankunft in der LAB werden die Menschen auf die Kommunen verteilt. Braunschweig wurden dabei im Jahr 2025 mit 151 Asylsuchenden so wenig Menschen zugewiesen wie seit Jahren nicht mehr. Für 2026 sind nur noch 87 Zuweisungen geplant. Es gibt also **zunehmend freie Kapazitäten in Braunschweigs Wohnstandorten für Geflüchtete**. So bleiben die Auffang- und Wohnstandorte für Geflüchtete in Braunschweig wie in Niedersachsen insgesamt immer leerer – trotz Braunschweigs selbstgewählter Verpflichtung und einer zunehmenden globalen Migrationskrise.

Wie geht die globale Krise mit den zunehmenden Leerständen hier vor Ort zusammen? Die Diskrepanz erklärt sich durch die leider allzu effektiven Maßnahmen gegen die Menschenrechte. Die Zahl der Abschiebungen ist in Deutschland und Niedersachsen seit 2021 immer weiter angestiegen. Auch in Braunschweig zeigt sich die **Brutalität der alltäglichen Abschiebepaxis**. Es werden z.B. Menschen zur Ausländerbehörde einbestellt, vermeintlich um Formalien zu erledigen; nur um dann vom Fleck weg in Handschellen gelegt und in den Abschiebeknast Hannover Langenhagen verfrachtet zu werden - ohne die Chance einer Verabschiedung oder der Abholung eigener Habseligkeiten.

In der **LAB Braunschweig** wurde Ende 2025, öffentlich weitestgehend unbemerkt ein sogenanntes „Ausreisezentrum“ eröffnet. Hier werden Menschen, die ausreisepflichtig sind, unter strengen Anwesenheits- und Meldepflichten untergebracht. Diese Praxis gab es in Niedersachsen schon einmal, bevor sie 2014 nach Protesten wieder abgeschafft wurde. Bisher sind im neuen Braunschweiger Ausreisezentrum noch keine Menschen „aufgenommen“ worden. Das liegt nach NDR-Informationen daran, dass Ausreisepflichtige

inzwischen **häufiger in Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam** kommen. Ob in Braunschweig auch noch ein sogenanntes Dublin-Zentrum mit ähnlichen Zielen aber für andere Personengruppen entsteht, scheint offen. Diese teilweise haftähnlichen Unterbringungen in zentralen Lagern dauern oft Monate. Sie bringen viele persönliche Einschränkungen und Entbehrungen mit sich. Darüber hinaus haben sie zur Folge, dass Menschen schwerer unabhängigen Rechtsbeistand und Unterstützung in der übrigen Gesellschaft finden.

Neben die Maßnahme der Abschiebungen treten **Grenzschließungen und Abschottung**. Unter der aktuellen CDU/SPD-Regierung wurden wieder umfassende Kontrollen an allen deutschen Binnengrenzen eingeführt. 2025 wurden nach Informationen des Mediendienst Integration über 40 Tausend Personen an den Grenzen zurückgewiesen. EU-Außenländer haben ihre Grenzsicherungen mit Stacheldraht und bewaffneten Patrouillen stark ausgebaut. Berichte zu „Push-Backs“, also widerrechtlichen gewaltsamen Zurückweisungen Schutzsuchender, sind in Europa trauriger Alltag geworden.

Im Juni 2026 ist zudem **das Gemeinsame Europäischen Asylsystem GEAS** in Kraft getreten. Ein großer Teil der Schutzsuchenden soll jetzt nach Einreise in die EU in grenznahen Lagern festgesetzt werden. In diesen Lagern gilt die „Fiktion der Nicht-Einreise“. Dabei handelt es sich um einen juristischen Trick, um die Rechte der Menschen zu beschränken. Dort wird über die Betroffenen in einem „beschleunigten Verfahren“ ohne Kontakt zu freiem rechtlichem Beistand oder zur übrigen Gesellschaft abschließend entschieden.

Aus dem individuellen Asylrecht, das als Lehre aus den katastrophalen Folgen der Nazidiktatur etabliert wurde, entwickelt sich auf diese Weise eine **praktische Entrechtung Schutzsuchender**. Auch in **Braunschweig** wird die dafür erforderliche Infrastruktur immer weiter ausgebaut: von den „Ausreisezentren“ in der LAB über Polizeieinheiten für gewaltsame nächtliche Abschiebungen bis hin zur Entwicklung von Drohnen, die auch der gewaltsamen Abweisung Geflüchteter an den Grenzen dienen können.

Von Ihnen, Herr Dr. Kornblum, erwarten wir nicht, dass Sie die Welt oder auch nur die Bundespolitik verändern. Wir erwarten aber von Ihnen als Oberbürgermeister einer Stadt, die sich „Sicherer Hafen“ nennt, dass Sie die **Verpflichtungen, die die Stadt eingegangen ist**, einhalten. Wir wiederholen deshalb unsere angesichts der Welt- und Politiklage doch sehr bescheidenen Fragen:

(1) Was hat die Stadt unternommen, damit zusätzlich Geflüchtete in Braunschweig aufgenommen werden können? Welche Ergebnisse wurden erzielt?

(2) Welche Ergebnisse wurden von der Stadt als Länderkoordinatorin des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ (<https://www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/sicherer-hafen/index.php>) erzielt?

(3) Strebt die Stadt eine weitere Patenschaft mit einem Seenotrettungsschiff im Mittelmeer an? Wenn nein, warum nicht?

Zusätzlich fordern wir volle Transparenz darüber, ...

(4) ob ein Dublin-Zentrum oder Sekundärmigrationszentrum im Stadtgebiet Braunschweig geplant oder in Betrieb ist oder in Betrieb genommen werden soll.

Herr Dr. Kornblum, nehmen Sie Ihre Verantwortung als Oberbürgermeister einer Stadt wahr, die sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt hat, und handeln Sie. Die Stadt Braunschweig hat ihre Verpflichtung auf die Wahrung der Menschen- und Asylrechte als „Sicherer Hafen“ öffentlich bestätigt. Wenn den Worten keine Taten folgen, werden wir den **Status der Stadt als „Sicherer Hafen“ überprüfen und ggf. entziehen**.

Setzen Sie sich in der Verwaltung, im Rat und in allen Ihnen zugänglichen Gremien auf Landes- und Bundesebene für die Rettung von Geflüchteten ein. Halten Sie, was die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern versprochen hat.

Gemeinsam für eine solidarische Stadt in einer solidarischen Welt!
Seebrücke Braunschweig

Dieser Brief wird zeitgleich auf unserer Internetseite und in den sozialen Medien veröffentlicht, Medienredaktionen und den Ratsfraktionen zugestellt sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger verteilt.